



**Niederschrift
zur 22. Sitzung
des Rates
am 22.05.2012
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 25.04.2012
Eingaben an den Rat
- 3 05 - 15 0723/2012 Firma Fireworks Europe BV Elten;
hier: Eingabe Nr. 12/2012
- 4 05 - 15 0724/2012 Hydraulic Fracturing;
hier: Eingabe Nr. 13/2012 der Piratenpartei Deutschland –
Kreisverband Kleve
Vorlagen
- 5 01 - 15 0672/2012 Wahl und Verpflichtung eines Ortsvorstehers
- 6 01 - 15 0726/2012 Ersatzwahlen
- 7 04 - 15 0697/2012 Offene Ganztagsschulen im Primarbereich;
hier: Beschlussfassung über die Erweiterung der Offenen Ganz-
tagsgrundschule Liebfrauenschule um eine Gruppe
- 8 04 - 15 0698/2012 Offene Ganztagsschulen im Primarbereich;
hier: Beschlussfassung über die Erweiterung der Offenen
Ganztagsgrundschule St.-Georg-Schule Hüthum um eine
Gruppe
- 9 05 - 15 0658/2012 73. Änderung des Flächennutzungsplanes - Umwandlung einer
Sonderbaufläche "Einzelhandel
mit Wohnungen" in eine gemischte Baufläche;
hier: 1) Bericht zu den Beteiligungen gemäß §§ 3 und 4 BauGB
2) Feststellungsbeschluss
- 10 06 - 15 0706/2012 Wiederwahl einer Schiedsperson

- 11 41 - 15
0694/2012/1 Beratung und Beschlussfassung über den Prüfbericht des Rumpfwirtschaftsplanes vom 01.08.2011 bis 31.12.2011 des Eigenbetriebes KKK der Stadt Emmerich am Rhein
- Anträge an den Rat
- 12 02 - 15 0716/2012 Einführung Bürgerdialog zum Haushalt;
hier: Antrag Nr. VI/2012 der BGE-Ratsfraktion
- 13 07 - 15 0728/2012 Einrichtung einer Givebox an einem öffentlichen Platz;
hier: Antrag Nr. VII Fraktion Bündnis 90/die Grünen
- 14 70 - 15 0727/2012 Aufstellung von zwei weiteren Müllbehältern im Rheinpark sowie die Umstellung auf biologisch abbaubare Hundekotbeutel;
hier: Antrag Nr. VIII Fraktion Bündnis 90/die Grünen
- 15 Mitteilungen und Anfragen
- 15.1 Betuwe - Sachstand Elten -;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann
- 15.2 Plakatordnung der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Anfrage von Mitglied Spiertz
- 16 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Johannes Diks

Bürgermeister

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels
 Herr Christian Beckschaefer
 Frau Sandra Bongers
 Frau Elisabeth Braun
 Herr Johannes Brink ten
 Herr Manfred Brockmann
 Herr Botho Brouwer
 Herr Gerhard Gertsen
 Herr Hans-Jürgen Gorgs
 Frau Karin Heering
 Herr Peter Hinze
 Herr Albert Jansen
 Herr Thomas Meschkapowitz
 Herr Manfred Mölder
 Herr Bernd Nellissen
 Frau Birgit Offergeld
 Herr Kurt Reintjes
 Frau Ute Sickelmann
 Frau Sabine Siebers

Frau Birgit Sloot
Herr Andre Spiertz
Herr Udo Tepas
Frau Elke Trüpschuch
Herr Wolfgang Urbach
Frau Sigrid Weicht

Entschuldigt fehlen:

Die Mitglieder

Herr Rolf Diekman
Herr Markus Herbert Elbers
Frau Gabriele Hövelmann
Herr Udo Jessner
Herr Christoph Kukulies
Frau Irmgard Kulka
Frau Marianne Lorenz
Herr Jan-Ruben Ludwig
Herr Wilhelm Roebrock
Herr Werner Spiegelhoff
Herr Herbert Ulrich

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs	Erster Beigeordneter
Herr Arnfried Barfuß	
Herr Stefan Gürtzgen	
Herr Günter Holtkamp	
Herr Jochen Kemkes	
Frau Marita Evers	Schriftführerin
Herr Gregor Amting	Feuerwehr Emmerich am Rhein
Herr Michael Rozendaal	vom Eigenbetrieb KKK

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner werden nicht gestellt.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 25.04.2012

Mitglied Urbach fragt nach, warum seine Stellungnahme zu TOP 4 in der Niederschrift nicht wiedergegeben ist und nach welchen Kriterien eine Niederschrift erstellt wird.

Auch Mitglied Meschkapowitz ist der Auffassung, dass Wortbeiträge von verschiedenen politischen Gruppierungen wiedergegeben, und nicht in einem Satz zusammengefasst werden sollten

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt an, dass die Gemeindeprüfungsanstalt dazu rät, von den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse grundsätzlich nur Ergebnisprotokolle zu fertigen.

Mit Blick auf die im Vergleich zu reinen Ergebnisprotokollen sehr ausführlichen Protokolle, die bislang verwaltungsseitig gefertigt werden, bittet Herr Dr. Wachs die Diskussionsbeiträge entsprechend in der Sitzung anzukündigen. .

Anbei die Wortbeiträge der Herren Urbach und Meschkapowitz zu TOP 4 der Sitzung des Rates vom 25.04.2012.

Mitglied Urbach:

„Auf der einen Seite kann ich Herrn Beckschaefer im Weiten zustimmen. Ich hatte meinen Redebeitrag eigentlich damit einleiten wollen. Wenn ich im nachhinein das betrachte, was hier bisher so gelaufen ist, dann hätte ich vor einigen Jahren auch für die siedlungsferne Trasse stimmen müssen. Jetzt kommt aber dieses „aber“. Aber selbstverständlich, Herr Beckschaefer stimmen wir heute über etwas ganz anderes ab. Da muss ich auch sagen, dieses Lob an die Verwaltung, habe ich durch mein Beifallsklopfen eben auch schon gezeigt, geht es darum, dass der Mensch im Vordergrund steht und deshalb sind wir wirklich froh, dass im Forderungskatalog, die zusammenfassende Forderung, die auch genau in der Rangfolge das widerspiegelt, was wir uns vorstellen. Das muss ich sagen, ist hier unsere Meinung und die ist wichtig. Wir haben eine Kleinigkeit, die wir vielleicht etwas stärker herausgestellt hätten, das ist aber auch schon angesprochen, das ist das Sicherheitsbedürfnis in einem gemeinsamen Europa, wo es in einigen europäischen Staaten weitaus größere Sicherheitsstandards gibt, würden wir uns freuen, wenn diese Sicherheitsstandards auch für andere Länder gelten könnten, also nicht nur andere EU-Normen angeglichen werden, sondern gerade hier in diesem Zusammenhang. Aber wir stimmen selbstverständlich dieser Vorlage auch zu.“

Mitglied Meschkapowitz:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, die BSD wird ebenfalls dieser Vorlage zustimmen, obwohl wir durchaus sehen, ist ein gutes Ergebnis innerhalb eines falschen Lösungsrahmens, um es mal so zu formulieren. In der Nachbetrachtung wäre die siedlungsferne Trasse die wirkliche Alternative gewesen. Es ist jetzt leider nicht mehr durchsetzbar. Ich will auch nicht zu weit in die Vergangenheit gehen, obwohl Historiker neigen im Allgemeinen dazu. Wenn Sie mir erlauben habe ich noch eine kleine Anekdote. Es dürfte speziell die CDU vielleicht noch einmal interessieren. Es handelt eigentlich davon über Schwarzbauten in Emmerich, wo ein ganz bekannter CDU-Politiker einmal bei der Oberbaudirektion in Düsseldorf gewesen ist, das muss in den Jahren 1946 – 1947 gewesen sein.

Das zum Thema Widerstand, weil auch hier aus den Reihen der CDU oft Bürgern vorgeworfen worden ist, dass da zu heftig reagiert worden ist und der Betreffende, ich werde auch nachher den Namen nennen, ist also in Düsseldorf gewesen und er berichtet: , Bei dieser Besprechung erhielt ich schwere Vorwürfe darüber, dass in Emmerich so viel schwarz gebaut würde. Ich sagte dem Baudirektor, dass die Hilfe der Regierung so spärlich sei, dass die Leute selbst zu bauen begännen, um aus den Kellerlöchern und Notunterkünften heraus zu kommen und um sich vor Krankheiten aller Formen zu schützen und denselben zu entgehen. Darauf sagte mir der Baudirektor wörtlich: ‚Dann werde ich mit den Alliierten kommen und Ihre Schwarzbauten in Emmerich wieder abreißen.‘ Ich erwiderte ihm darauf: ‚Dann schließen Sie eine gute Lebensversicherung ab, Sie werden aus Emmerich nicht lebend herauskommen.‘

Wissen Sie wer das gesagt hat? Das war Herr van Aaken, der das aus seinen Erinnerungen geschrieben hat. Und bei dieser Gelegenheit wollte ich nur sagen ,Mit ein bisschen mehr Mut zur gegebenen Zeit, das war allerdings vor meiner Zeit, würden wir vielleicht über die siedlungsferne Trasse sprechen. Was hier steht ist auch ein Bekenntnis, dass man für die Bürger etwas macht und auch sich wirklich einsetzt.

Ein bisschen, auch aus den Reihen der CDU und SPD habe ich diesen Mut bisher nicht gesehen. Passend ist vielleicht auch der Titel „Trümmer 1945 und Aufbau 1969“. Ich finde es ganz bezeichnend, auch wenn es ein bisschen vom Thema wegführt aber ich denke, es trifft auch ein bisschen den Nerv und ich denke, dass die Bürger hier in der Stadt, gerade entlang der Trasse, ein bisschen alleine gelassen werden. Die größten Folgen kommen erst noch nach diesem Planfeststellungsverfahren und nach dem Bau, denn wer kommt denn auf für die Entwertung der Grundstücke und das ist nur ein Problem, was da sein wird. Ich weiß wovon ich spreche, ich bin selbst am Bahnweg in Praest groß geworden, ich weiß, was das heißt, wenn dort also ständig Geschirr klappert und auch bis spät in die Abendstunden. Ich hoffe, sie gestatten mir die kleine Anekdote, dass ich das hier mal zu Besten gegeben habe, aber es zeigt auch, dass Politiker der CDU zu anderen Zeiten auch heftig gehandelt haben und ich denke auch durchaus richtig und im Sinne der Bürger.“

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden weitere Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

Eingaben an den Rat

- 3. Firma Fireworks Europe BV Elten;
hier: Eingabe Nr. 12/2012
Vorlage: 05 - 15 0723/2012**

Mitglied Tepasß fragt nach, ob es nicht die Pflicht der Verwaltung gewesen wäre, den Rat über das Vorhaben des Antragstellers, hier Feuerwerkskörper zu lagern, zu unterrichten.

Außerdem ist er der Auffassung, dass diese ganze Diskussion nicht stattgefunden hätte, wenn die Eltener Bürger rechtzeitig über diese Angelegenheit informiert worden wären.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bezieht sich bei der Beantwortung der Fragen von Mitglied Tepasß weitestgehend auf die Vorlage und erklärt, dass es sich aus Sicht der Stadt Emmerich am Rhein im vorliegenden Fall um ein Beteiligungsverfahren handelt. Herrin des Genehmigungsverfahrens zur Lagerung von Feuerwerkskörpern ist die Bezirksregierung Düsseldorf entsprechend des Bundesimmissionsschutzgesetzes.

Dieses Verfahren ist mit einer gebundenen Entscheidung belegt, d. h. die Bezirksregierung hat bei Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzung seitens des Antragstellers keine andere Möglichkeit, als diesen Antrag zu genehmigen. Die Stadt Emmerich am Rhein kann in diesem Falle, neben anderen Trägern öffentlicher Belange, lediglich eine Stellungnahme nach Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht evtl. noch nach dem allgemeinen Ordnungsrecht abgeben.

Im Übrigen sagt der Gesetzgeber, dass dies ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist und sieht keine Bürgerbeteiligung bzw. keine entsprechenden Informationsschritte vor.

Mitglied Sickelmann führt aus, dass die Gemeinden selbst und auch die Bezirksregierung die Bürger über laufende Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) informieren kann. Sie macht deutlich, dass ihre Fraktion in der nächsten Ratssitzung den Antrag stellt, dass auf der Internetseite der Stadt Emmerich am Rhein über laufende Verfahren nach BImSchG informiert wird. Weiterhin fragt sie nach, wer die Lichtwerbung dieser Firma, die ihrer Meinung nach sehr auffällig ist, genehmigt hat.

Mitglied Slood bedankt sich bei der Verwaltung für die sehr ausführliche Sachdarstellung der Vorlage. Sie spricht die Sorgen und die Ängste der BürgerInnen in Elten an und fragt nach, ob es durch die Bezirksregierung, die regelmäßig Kontrollen in dem Lager für Feuerwerkskörper durchführen wird, eine entsprechende Unterrichtung des Sachstandes an die zuständigen Behörden geben wird. Deutlich macht sich auch, dass in Elten andere Feuerwerkskörper gelagert werden, als damals in Enschede.

Weiterhin fragt sie nach der Haftung im Schadensfall, speziell Gesundheitsschäden etc.

Sie verweist auf eine Gesetzgebung der Niederlande für umweltgefährliche Stoffe, die an eine EU-Richtlinie angelehnt ist, die ab 27.01.2012 gültig ist. Dort werden die Sicherheitsvorkehrungen ganz deutlich beschrieben.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist auf die Richtlinien des europäischen Umweltrechtes, die in Deutschland sehr streng umgesetzt werden.

Auf die Frage von Frau Slood nach dem Versicherungsschutz teilt er mit, dass dieser sich nach den allgemeinen zivilrechtlichen Kriterien, wie auch in der Vorlage dargestellt, bemisst. Das Bundesimmissionsschutzgesetz kennt keine Tatbestandsvoraussetzung entsprechender Art für die Erteilung der Genehmigung. Zu der Frage der Kontrolle schildert er, dass in der Regel die Genehmigungen durch die Bezirksregierung erteilt werden. Das BImSchG sieht nicht vor, die Kommunen von den Kontrollen entsprechend zu unterrichten, obwohl es in der Praxis so gehandhabt wird. Weiterhin wird die Stadt Emmerich, als Ordnungsbehörde nach dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) regelmäßig entsprechende Brandschauen durchführen. Fazit ist, dass das ausreichende Maß an Kontrolldichte und Sicherheit gegeben ist.

Mitglied Hinze ist der Auffassung, dass die Verwaltung den Ältestenrat hierüber hätte informieren müssen.

Kenntnisnahme (kein Beschlussvorschlag)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4. **Hydraulic Fracturing;**
hier: Eingabe Nr. 13/2012 der Piratenpartei Deutschland - Kreisverband Kleeve
Vorlage: 05 - 15 0724/2012

Der Vorsitzende verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung in der angeregt wird, das durch das Umweltministerium NRW beauftragte Gutachten abzuwarten, um dann Wertungen abzugeben.

Mitglied Sickelmann stimmt im Namen ihrer Fraktion dem vorliegenden Antrag der Piratenpartei zu. Ergänzen würde sie diesen Antrag dahin gehend, dass die vorgesehenen Wasserreserven – wenn sie jemals in Anspruch genommen werden müssten, um sie zu Trinkwasser aufzubereiten - wegen der dann hohen Nitratwerte nicht mehr zu verwenden wären. Sie spricht sich gegen das Fracking im Gebiet der Stadt Emmerich aus und wünscht eine eindeutiger ablehnende Stellungnahme der Verwaltung.

Auch Mitglied Sloot ist der Auffassung, dass man dem Fracking sehr kritisch gegenüberstehen sollte. Sie verweist jedoch auf das vom Umweltministerium NRW beauftragte Gutachten, welches erst einmal abgewartet werden sollte.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist darauf, dass man sich derzeit noch jenseits eines Verfahrens, welches möglicherweise in Zukunft läuft, befindet, bei dem die Stadt Emmerich am Rhein und alle anderen Kommunen beteiligt werden. In dem Verfahren kann die Stadt eine entsprechende Stellungnahme abgeben. Dass auch die Stadt dem „Fracking“ kritisch gegenübersteht, ist aus der Sachdarstellung der Vorlage zu ersehen.

Auf Nachfrage von Mitglied Nellissen erläutert Herr Dr. Wachs, dass das entsprechende Unternehmen eine Betriebsplanzulassung, welche durch die Bezirksregierung Arnsberg genehmigt würde, beantragen müsste. Erst dann wäre das offizielle Verfahren eröffnet und alle Träger öffentlicher Belange werden beteiligt, um ihre Stellungnahme abzugeben.

Aus diesem Grunde regt die Verwaltung an, zunächst das durch das Umweltministerium beauftragte Gutachten abzuwarten und dann aufgrund der darin untersuchten und eingeschätzten Risiken, Wertungen abzugeben.

Mitglied Bartels verweist auf einen Link auf der Internetseite der BGE wo über das Thema „Fracking“ ausführlich mit allen Risiken informiert wird.

Mitglied Sickelmann macht noch einmal deutlich, dass die kritische und grundsätzliche Gegenhaltung deutlicher zum Ausdruck gebracht werden muss. Sie stellt den Antrag, diese Vorlage an den Fachausschuss zu verweisen, um dort eine kritische ablehnende Stellungnahme zu erarbeiten.

Mitglied Urbach erklärt, dass auch seine Fraktion grundsätzlich dem Fracking kritisch gegenübersteht. Er ist jedoch der Auffassung, die wissenschaftlichen Untersuchungen abzuwarten, um dann im Ausschuss für Stadtentwicklung hierüber zu beraten.

Mitglied Meschkapowitz verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung und auch auf die kritische Haltung gegenüber dem Fracking. Seiner Meinung nach können erste Schritte erst dann getätigt werden, wenn die Bezirksregierung aktiv geworden ist.

Mitglied Hinze stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, gemäß Vorlage der Verwaltung zu verfahren.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Angelegenheit nach Vorlage des Gutachtens im Ausschuss für Stadtentwicklung zu beraten.

Die Mitglieder des Rates erklären sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Die Verwaltung wird eine entsprechende Vorlage, nach Vorliegen des durch das Umweltministerium NRW beauftragten Gutachtens, erarbeiten und dem Ausschuss für Stadtentwicklung zur Beratung zuleiten.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

5. Vorlagen
Wahl und Verpflichtung eines Ortsvorstehers
Vorlage: 01 - 15 0672/2012

Mitglied Gertsen schlägt Herrn Elmar Bolwerk zum Ortsvorsteher des Ortsteiles Hüthum vor und bedankt sich bei Herrn Heinz Derksen für die von ihm geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Derksen wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Derksen, 18 Jahre lang haben Sie sich sehr intensiv als Ortsvorsteher für die Belange des Ortsteiles Hüthum eingesetzt. Hierfür möchte ich mich, auch im Namen des Rates, ganz herzlich bedanken. Sie haben auf sehr individuelle Weise dazu beigetragen, dass Politik bürgernah geblieben ist, denn Sie standen den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Anliegen zu Ihnen kamen, stets mit Rat und Tat zur Seite und haben sich für ihre Belange eingesetzt. Das ist schließlich das A + O Ihrer Tätigkeit als Ortsvorsteher, das ist ‚gelebte Bürgernähe‘.

Ich weiß, dass es manchmal nicht einfach ist, Ruhe zu bewahren, wenn es einigen Bürgerinnen und Bürgern nicht schnell genug geht. Doch Sie haben immer für einen Ausgleich und eine sachliche Diskussion gesorgt.

Und es gab ja noch ein Leben vor dem des Ortsvorstehers. Bekannt waren Sie durch Ihre Tätigkeit beim Stadtverband für Musik. Fünf Jahre nach Gründung des Stadtverbandes für Musik (1972) übernahmen Sie den Vorsitz, den Sie bis 1993 mit dem gleichen Elan an der Stelle ausfüllten.

Die Emmericher Musiktage, Veranstaltungen in der Eltener Konzertmuschel und Weihnachtskonzerte sind mit Ihrem Namen verbunden. Sie gaben den musiktreibenden Vereinen beim Kulturausschuss eine Stimme. Dieses Wirken im Stadtverband für Musik hat durchaus auch Maßstäbe gesetzt.

Aber auch bei den Schützen in Hüthum waren Sie aktiv oder als Geschäftsführer des St. Martin- Komitees.

Für Ihren Einsatz verlieh Ihnen der Rat der Stadt Emmerich am 14. 08. 1990 die Ehrenplakette der Stadt Emmerich am Rhein.

Und es gab auch noch eine berufliche Tätigkeit. In den 1990er Jahren waren Sie Geschäftsführer der Innungskrankenkasse Kleve – Geldern.

Sehr geehrter Herr Derksen, herzlichen Dank für Ihren Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Hüthum und für die Stadt Emmerich am Rhein. „

Der Vorsitzende überreicht Herrn Derksen einen Blumenstrauß sowie ein Präsent.

Nun lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Gertsen, abstimmen.

Nach der Abstimmung gratuliert Herr Vorsitzender Diks Herrn Elmar Bolwerk zur Wahl zum Ortsvorsteher des Ortsteiles Hüthum und wünscht ihm für seine Arbeit alles Gute.

Beschlussvorschlag

Der Rat wählt Herrn Elmar Bolwerk mit Wirkung vom 01.07.2012 zum Ortsvorsteher des Ortsteiles Hüthum.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

6. Ersatzwahlen
Vorlage: 01 - 15 0726/2012

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die Entsendung von Frau Ursula Schulte als Vertreterin der Stadt Emmerich am Rhein in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung- und Stadtmarketing GmbH und benennt Herrn Franz-Josef Gabriel als Ihren Vertreter.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. Offene Ganztagschulen im Primarbereich;
hier: Beschlussfassung über die Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschule Liebfrauenschule um eine Gruppe
Vorlage: 04 - 15 0697/2012

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt, die Offene Ganztagsgrundschule nachfolgender Grundschule um eine Gruppe auf nunmehr 3 Gruppen zu erhöhen

Liebfrauenschule
Kath. Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein
 Speelberger Straße 215
 46446 Emmerich am Rhein

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

8. Offene Ganztagschulen im Primarbereich;
hier: Beschlussfassung über die Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschule St.-Georg-Schule Hüthum um eine Gruppe
Vorlage: 04 - 15 0698/2012

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt, die Offene Ganztagsgrundschule nachfolgender Grundschule um eine Gruppe auf nunmehr 2 Gruppen zu erhöhen

St.-Georg-Schule Hüthum
Kath. Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein
 Georgstraße 2
 46446 Emmerich am Rhein

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

9. **73. Änderung des Flächennutzungsplanes - Umwandlung einer Sonderbaufläche "Einzelhandel mit Wohnungen" in eine gemischte Baufläche;**
hier: 1) Bericht zu den Beteiligungen gemäß §§ 3 und 4 BauGB
2) Feststellungsbeschluss
Vorlage: 05 - 15 0658/2012

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Zu 1)

Zu II.a) Der Rat beschließt, die Empfehlungen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes bei der Bezirksregierung Düsseldorf in die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung aufzunehmen.

Zu II.b) Die Vorgaben der Telekom Netzproduktion GmbH sind nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanänderung und werden in die Begründung und in die Hinweise zur 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 17/1 – Hafenstraße – aufgenommen.

Zu II.c) Die von Seiten des Kreises Kleve vorgebrachte Stellungnahme zur Niederschlagswasserbeseitigung im Plangebiet ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanänderung.

Entsprechende Ausführungen zum Thema Niederschlagswasserbeseitigung werden in die Hinweise und in die Begründung zur 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 17/1 – Hafenstraße – aufgenommen.

Zu II.d) Der Stellungnahme des Kreises Kleve – Untere Bodenschutzbehörde wird gefolgt.

Der Rat beschließt, folgenden Textbaustein zum Thema „Altlasten“ in die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung aufzunehmen:

„Abbrucharbeiten an den bestehenden Gebäuden der ehem. Tankstelle und der Kfz-Werkstatt und Eingriffe in den Boden sind durch einen altlastenerfahrenen Gutachter zu begleiten und zu dokumentieren, um die bekannten und möglicherweise bisher nicht bekannten Schadensherde im Boden zu separieren und zu dokumentieren. Sanierungsmaßnahmen sind auf die geplante Nutzung abzustimmen.

Bei Abbruch- und Neubauvorhaben ist der Kreis Kleve zu beteiligen.“

Weiterhin beschließt der Rat, auch die weiteren Ausführungen des Kreises Kleve als Untere Bodenschutzbehörde zum Thema Bodenverunreinigungen in die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung aufzunehmen.

Zu 2)

Der Rat beschließt den vorliegenden Entwurf zur 73. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Begründung gemäß § 2 Abs. 1 i. V. mit Abs. 4 BauGB als 73. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein.

Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden hierdurch in der Weise abgeändert, dass für einen Bereich südlich der Mennonitenstraße anstatt einer Sonderbaufläche „Einzelhandel mit Wohnungen“ eine gemischte Baufläche dargestellt wird.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 7 Enthaltungen 1

**10. Wiederwahl einer Schiedsperson
Vorlage: 06 - 15 0706/2012**

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein wählt Frau Christa Jeromin als Schiedsfrau für den Schiedsmannsbezirk II und für den Bezirk I als Stellvertreterin.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**11. Beratung und Beschlussfassung über den Prüfbericht des Rumpfwirtschaftsplanes vom 01.08.2011 bis 31.12.2011 des Eigenbetriebes KKK der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 41 - 15 0694/2012/1**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kultur-Künste-Kontakte zum 31.12.2011 wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag i. H. v. 25.127,45 € wird aus dem Haushalt der Stadt Emmerich am Rhein ausgeglichen.
3. Der Betriebsleitung wird für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.08.2011 bis 31.12.2011 Entlastung erteilt.
4. Der Rat nimmt den vom Stadtkämmerer genehmigten überplanmäßigen Aufwand bei Produkt 1.100.04.01.01 Sachkonto 53150000 gem. § 83 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 GO NRW zur Kenntnis.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Anträge an den Rat

**12. Einführung Bürgerdialog zum Haushalt;
hier: Antrag Nr. VI/2012 der BGE-Ratsfraktion
Vorlage: 02 - 15 0716/2012**

Mitglied Bartels bezieht sich bei seinen Erläuterungen auf den vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Mitglied Gertsen erklärt für seine Fraktion, dass sie dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, da die Souveränität des Rates eingeschränkt wird. Begrüßen würde die CDU, wenn die Verwaltung nach Einbringung des Haushaltes eine Informationsveranstaltung zum Haushalt für interessierte BürgerInnen durchführen würde.

Mitglied Urbach unterstützt die BGE in ihrem Antrag. Seine Fraktion hält es für einen Versuch, die politische Meinung des Bürgers wieder näher an die Ausführungen der Politiker heran zu bringen. Dass die Souveränität des Rates hierdurch eingeschränkt wird, kann er nicht sehen, da die Bürger befragt werden sollten, nachdem der Haushalt eingebracht worden ist.

Der Vorsitzende verweist auf den erheblichen Arbeitsaufwand, der mit dem derzeitigen Personal in der Stadtkämmerei nicht zu bewältigen wäre. Von daher würde die Verwaltung den Vorschlag der CDU-Fraktion begrüßen. Sollten die Bürger Interesse zeigen, könnte dieses Thema vertieft werden. Erfahrungsberichte aus anderen Verwaltungen zeigen, dass die Vorbereitung sehr sehr aufwendig ist und der Rückfluss in der Regel unter 1 % der Bevölkerung liegt.

Mitglied Bartels empfindet den Vorschlag als „Bürgerdialog light“ und kann diesem nicht zustimmen. Die BGE ist sich im Klaren darüber, dass es ein Experiment ist und sieht dieses Thema auch sehr kritisch, doch der positive Aspekt sollte hier überwiegen. Als Beispiel nennt er die Stadt Bonn, die äußerst erfolgreich dieses Thema betreibt und auch viele Bürger Interesse zeigen.

Mitglied Hinze verweist auf den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung. Seiner Meinung nach sollte die Vorlage der Verwaltung, die zur nächsten Sitzung des Rates vorgelegt wird, abgewartet werden. Dann könnte über dieses Thema diskutiert werden. Er kann sich dem Antrag von Mitglied Gertsen anschließen, eine Informationsveranstaltung für interessierte Bürger durchzuführen und dieses in den nächsten Jahren fortzuführen.

Nach dieser Diskussion lässt der Vorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Thema aufzuarbeiten und in der nächsten Ratssitzung dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

13. Einrichtung einer Givebox an einem öffentlichen Platz; hier: Antrag Nr. VII Fraktion Bündnis 90/die Grünen Vorlage: 07 - 15 0728/2012

Der Vorsitzende lässt über den Antrag gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Sozialausschuss

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

14. Aufstellung von zwei weiteren Müllbehältern im Rheinpark sowie die Umstellung auf biologisch abbaubare Hundekotbeutel; hier: Antrag Nr. VIII Fraktion Bündnis 90/die Grünen Vorlage: 70 - 15 0727/2012

Mitglied Siebers bezieht sich bei ihren Erläuterungen auf ihren vorliegenden Antrag. Sie bemängelt, dass die von der Verwaltung dargestellten Zahlung für die Kosten der Hundekotbeutel nicht ganz korrekt sind. Nach ihren Auskünften kosten die biologisch abbaubaren Beutel pro 1.000 Stück 12,70 €.

Weiterhin beanstandet sie, dass die Verwaltung die Aufstellung von zwei weiteren Müllbehältern als nicht notwendig ansieht. Sie schlägt daraufhin vor, dass von der Vielzahl der Müllbehälter im Park zwei in den hinteren Teil des Parks versetzt werden.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Preise für die biologisch abbaubaren Beutel von der Verwaltung nachgefragt werden.

Herr Dr. Wachs verdeutlicht die unangenehme Situation der städt. Bediensteten, die die Parkanlagen pflegen bzw. die Rasenflächen mähen, wenn die Beutel mit Hundekot dort auf den Flächen entsorgt werden.

Mitglied Weicht teilt in diesem Zusammenhang mit, dass eine Eltner Bürgerin an dem Grundstück Ecke Lobither Straße mindestens 60 Hundekotbeutel an einem Wochenende entsorgt; wären die Beutel biologisch abbaubar, würden sie mit der Zeit vergehen und dort lägen keine Kunststoffbeutel mehr.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt auf entsprechende Anfrage von Mitglied Weicht mit, dass am Treidelpfad wegen der Hochwassergefahr bewusst keine Müllbehälter aufgestellt worden sind. Auch sind die Müllbehälter im Rheinpark so aufgestellt, dass es ist jedem Bürger zuzumuten, seinen Müll in den nächsten Abfallbehälter zu werfen.

Mitglied Slood ist der Auffassung, dass jeder Hundebesitzer die Hinterlassenschaften seines Hundes ordnungsgemäß entsorgen muss. Sollte die Verschmutzung im Rheinpark mit den Hundekotbeuteln, die in den Parkflächen liegen, zunehmen, sollte der Park für Hundebesitzer gesperrt werden.

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Gertsen, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Aufstellung von weiteren Müllgefäßen im Rheinpark und Umstellung der zur Zeit verwendeten Hundekotbeutel auf biologisch abbaubare Beutel nicht zuzustimmen.

Begründung

1) Weitere Müllgefäße

Anlässlich der Umgestaltung des Rheinparkes in 2011 wurden auch die Standorte der Müllbehälter neu geordnet.

Die 12 Behälter befinden sich hauptsächlich in den Aufenthaltsbereichen, entlang des Weges an der Rheinseite sowie an den Ein-, Ausgängen in Kombination mit den Dogstationen.

Dies bedeutet, dass alle Hundebesitzer, die in den Park hineingehen an einer Dogstation vorbei kommen und die Möglichkeit haben einen Kotbeutel zu ziehen und entsprechend beim Hinausgehen zu entsorgen. Sie haben ebenfalls die Möglichkeit den Beutel in den anderen 11 Behältern zu entsorgen.

Auch wenn in den angesprochenen Bereichen keine Müllgefäße vorhanden sind, sieht die Verwaltung derzeit keine Notwendigkeit hier weitere Gefäße aufzustellen, da im Rheinpark in zumutbarer Entfernung ausreichende Behälter vorhanden sind.

Sollten sich in Zukunft, nach Rücksprache mit den Kommunalbetrieben Emmerich, die zwingende Notwendigkeit zusätzlicher Behälter ergeben, werden diese in Absprache mit den Betrieben an geeigneten Stellen aufgestellt.

Die Verwaltung erachtet die Aufstellung zweier Müllbehälter als zur Zeit nicht notwendig.

2) Hundekotbeutel

Pro Jahr werden 100.000 Hundekotbeutel benötigt.

Aktueller Preis o.MwSt. pro 1.000 Stk.	11,90 € = 1.190 € / anno
Beutel aus biologisch abbaubarem	
Material kosten o.MwSt. pro 1.000 Stk.	ca. 32,90 € = 3.290 € / anno

Eine Umstellung auf Beutel aus biologisch abbaubarem Material würde fast zu einer Verdreifachung der Kosten führen.

Eine Umstellung auf biologisch abbaubare Hundekottüten ist jedoch nicht sinnvoll. Fäkalien, Kleintiermist und auch kompostierbare Einstreumaterialien z.B. aus Kaninchenställen dürfen nicht über die Biotonne entsorgt werden. Aus hygienischen Gründen müssen diese Materialien über die Restmülltonne als Restmüll entsorgt werden. Somit landet der biologisch abbaubare Beutel zwangsweise im Restabfall.

Nach Auskunft der Lieferfirma bestehen die derzeit verwendeten Beutel aus Polyethylen (PE-Folie). PE-Folien verbrennen ohne Rückstände oder giftige Reaktionsprodukte, sie sind frei von Weichmachern und Schwermetallen und sind gesundheitlich unbedenklich. Darüber hinaus werden die Beutel zu einem großen Teil aus Regenerat hergestellt.

Stimmen dafür 21 Stimmen dagegen 6 Enthaltungen 0

15. Mitteilungen und Anfragen

**15.1. Betuwe - Sachstand Elten -;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann**

Mitglied Sickelmann spricht den Artikel in der örtlichen Presse betr. Betuwe, Lösung in Elten an und fragt nach, ob die Pläne, die dort abgebildet waren, dem Rat zur Verfügung gestellt werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass im Ältestenrat eingehend die weitere Beratungsfolge besprochen worden ist. Zunächst ist vorgesehen in nichtöffentlicher Sitzung des AK ÖPNV am 29.05.2012 zu beraten. Die weitere Beratung würde dann in öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung am 12.06.2012 und Rates am 03.07.2012 erfolgen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs ergänzt hierzu, dass die Planung der Bahnübergangslösungen in Elten eine Angelegenheit des Landesbetriebes Straßenbau ist. Zu der Sitzung des AK ÖPNV sind Vertreter des Landesbetriebes Straßenbau eingeladen, um die Planung vorzustellen.

**15.2. Plakatordnung der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Anfrage von Mitglied Spiertz**

Mitglied Spiertz spricht die Werbung am Kreisverkehr an der `s-Heerenberger Straße an und fragt nach, ob die Plakate, die u. a. auch vom Kreis Kleve dort am Zaun im Kreisverkehr angebracht sind, der Plakatordnung entsprechen und ob aufgrund der Größe der Plakate die Verkehrssicherheit noch gegeben ist.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

16. Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Bürger werden nicht gestellt.

46446 Emmerich am Rhein, den 19. Juni 2012

Johannes Diks
Vorsitzender

Marita Evers
Schriftführer/in